

Achim Beinsen

Notizblätter

Unsere Zukunft liegt in Brasilien

24.09.2011

Unsere Zukunft liegt in Brasilien

Medien und Politik sind sich weitgehend einig: an der Finanzkrise europäischer Staaten sind spekulative Finanztransaktionen mittels Hedgefonds und ähnlichen Formen des Anlagekapitals schuld. Gefordert werden nun stärkere staatliche und überstaatliche Kontrollen. Nachdem jahrzehntelang dem freien Markt das Wort geredet wurde, werden stärkere staatliche Kontrollen gefordert. Hat man erst einmal einen Schuldigen gefunden, kommt das System als solches ungeschoren davon. Wie Banken ihre faulen Wertpapiere in die „Bad Bank“ verschieben und als Phoenix aus der Asche rein und unbescholten auferstehen, um zur nächsten Runde im Spiel um die Milliarden anzusetzen, möchte man den Kapitalismus am liebsten in Bad Economics und Good Economics aufspalten. Gern wird dabei übersehen, das die von der Realwirtschaft längst unabhängig agierenden Kapitalgeschäfte eher ein Ausdruck der Krise des marktwirtschaftlichen Kapitalismus als dessen Verursacher sind. Die Informationstechnologien haben die Weltwirtschaft revolutioniert und die Produktivität gesteigert. Gesunken ist die durchschnittlich notwendige Arbeitszeit in der Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Auch der Aufstieg Chinas ändert nichts an der Tatsache, dass die internationalen Märkte kaum noch zusätzliche Produktionskapazitäten aufnehmen können. Die Globalisierung ist daher nicht zuletzt ein internationaler Verdrängungswettbewerb, ein Kampf um Exportvorteile und Absatzchancen. Obwohl die Produktivität durch die Informationstechnologie enorm gestiegen ist, zeichnet sich eine Tendenz der relativ sinkenden Rendite im Verhältnis zum eingesetzten Gesamtkapital ab. Und doch will man den Patienten noch immer mit neoliberalen Mittelchen kurieren. Das kann nicht gut gehen!

China stützt den Euro, Westeuropäische Industriestaaten brauchen die Hilfe des Internationalen Währungsfonds (IWF) und müssen sich ähnlichen wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen unterwerfen wie ehemals die Länder der sogenannten Dritten Welt. Ein Rettungsprogramm für die europäische Währung jagt das nächste und trotzdem machen alle so weiter, als wäre nichts gewesen. Der weltweite Kapitalismus scheint zu einem Tollhaus geworden zu sein. Ist der marktwirtschaftliche Kapitalismus, wie wir ihn kennen, am Ende?

Der enge Gürtel des Staatsbudgets

Über dem Eingang des Bürokomplexes des Bundes der Steuerzahler in Berlin tickt die Schuldenuhr und gewährt einen Blick auf den aus Vorjahresdaten hochgerechneten aktuellen Schuldenstand der Bundesrepublik Deutschland, der in jeder Sekunde um rund drei Euro steigt. Mittlerweile nähert sich die Verschuldung dem Betrag von einer Billionen und 800 Milliarden Euro an. In Zahlen: 1800000000000. Damit steht Deutschland um ein Vielfaches höher in der Kreide, als beispielsweise das krisengeschüttelte Griechenland, dessen Gesamtschuld sich – nur – auf rund 270

Milliarden Euro beläuft. Aber, so lässt sich einwenden, Deutschlands Bruttosozialprodukt (BPS) ist ja auch um ein Vielfaches größer, die relative Schuldenquote also wesentlich geringe als jene der Griechen. Stimmt. Nur sagt das wenig über die Höhe des Staatsbudgets aus. Und darum ist es bekanntlich nicht nur in Griechenland, sondern auch hierzulande nicht besonders gut bestellt: Marode Schulen, Schließungen von Kultureinrichtungen und Schwimmbädern, ständig neue Kürzungen im Sozial- und Gesundheitswesen, wir müssen den Gürtel enger schnallen, heißt es allenthalben. Damit sind natürlich nicht die Akteure der Finanzwirtschaft und sicher auch nicht die Leute in den Chefetagen der Großkonzerne gemeint. Vielmehr geht es um die Bezieher von sogenannten Sozialtransferleistungen – sowie um Investitionen und Dienstleistungen für öffentliche Aufgaben. Und auch „der Konsument“ soll natürlich nichts enger schnallen sondern kaufen – kaufen – kaufen, damit die Wirtschaft brummt.

Zweifellos hat Deutschland eine der effektivsten Volkswirtschaften der Welt. Theoretisch jedoch kann das Land gemessen an seinem Bruttosozialprodukt reich, der Staat aber völlig pleite sein.

Wirtschaftsliberale Rosskur

Leider nähern sich auch die westlichen Marktwirtschaften genau jenem Zustand immer mehr an. Diese Erkenntnis ist im Grunde trivial, aber man möchte sie doch nicht so gern wahrhaben. Der Steuerzahlerbund verweist mit seiner Schuldenuhr in der Tat auf einen katastrophalen Zustand: Das Loch in den Staatskassen wird ständig größer. Sein Rezept allerdings ist mindestens ebenso katastrophal: Sparen, sparen, sparen. Im Endeffekt läuft das auf ein Sich-Tot-Sparen des Staates hinaus. Früher glaubte man, durch ständigen Aderlass seien die Kranken zu heilen. Wesentlich intelligenter ist die Bekundung, durch die wirtschaftsliberale Ross- beziehungsweise Spar-Kur lasse sich der Sozialstaat retten, auch nicht.

Dynamisch in den Bankrott

Wird das Spartempo noch weiter erhöht, sieht es auch hierzulande bald ähnlich aus wie in Indien, Brasilien oder in China: Protzige Bankentürme und megaschicke Konzern-Zentralen hier – und schreiendes Elend mit Slums und einem Heer von Obdachlosen da. Unsere Zukunft liegt nicht im relativ gemütlichen Nachkriegskapitalismus der Sechziger-, Siebziger und Achtzigerjahre, in dem noch fast jeder irgendwie am gesellschaftlichen Reichtum partizipieren konnte, und sei es auch nur durch ein kostenloses Studium, öffentliche Kultureinrichtungen, einigermaßen vernünftig ausgestattete Schulen, einer anständigen Gesundheitsfürsorge für alle und Arbeitslosenhilfe.

Vorbei: unsere Zukunft liegt in Brasilien. Wahrscheinlich glaubt nicht einmal mehr Guido Westerwelle daran, man könne sich mittels Steuer- und Sozialabbau gesund sparen und eine bessere Unternehmensrendite sichere auf die Dauer den Sozialstaat.

Wer genau hinsieht stellt fest: Konjunkturzyklen einerseits und die staatliche Einnahmesituation andererseits haben mittlerweile ihre jeweils eigene Dynamik entwickelt.

Erst das Aas, dann die Geier

Wenn es ans Eingemachte geht, wenn die Krise strukturell wird aber die wirtschaftlichen und politischen Eliten alles, bloß nichts an der Struktur verändern wollen, muss jemand her, der Schuld ist. Jahrzehntlang wurde jeder regulierende Eingriff ins Banken- und Finanzwesen als das Ende des freien Marktes gegeißelt, jetzt soll's mal wieder der Spekulant, der „launische Markt“ oder sonst ein vergleichbarer ökonomischer Homunculus gewesen sein. Stinkt irgendwas am Kapitalismus, ist es in den öffentlichen beziehungsweise offiziellen Diskursen immer sein abgespaltenes – und damit isoliert denunzierbares – vermeintlich raffendes Element. Wenn nur der Spekulant nicht wäre. Der Spekulant, so scheint es, lauert mittlerweile an jeder Ecke und wartet darauf, dass einer der Wirtschafts-Akteure etwas schwächelt, um sich wie ein Aasgeier auf ihn zu stürzen.

Aber der Verwesungsgeruch der kapitalistischen Marktwirtschaft liegt auch ohne Spekulantentum in der Luft. Denn es sei – um bei diesem Bild zu bleiben – daran erinnert, dass das Aas immer zuerst da ist und erst dann die Geier kommen.

Ohnehin bleibt der Begriff Spekulant in den öffentlichen Diskursen meist recht diffus. Da hätten wir zunächst einmal die Rating-Agenturen, in der Finanzwelt gut beleumundete Beratungsunternehmen, deren Aufgabe es ist, die Kreditwürdigkeit von Wirtschaftsunternehmen oder Staaten zu überprüfen. Die Agenturen arbeiten im Auftrag der Kreditgeber, also in der Regel im Auftrag von Banken. Die Ratingcodes dieser Agenturen sind deren Daumen, mit denen sie den Bonitätszustand des potenziellen Gläubigers anzeigen. Geht der Daumen runter, wird es für ihn teurer, fresh money zu bekommen. Na klar, es erhöht sich das Kreditrisiko, wer Geld verleiht, möchte es irgendwann zurück haben und daran verdienen. Besonders klamme Staaten müssen also mehr für Kredite bezahlen. Für deren Schuldensituation indes kann die Ratingagentur erst einmal gar nichts, sie bewertet sie bloß. Ist das Defizit zu groß – oder die politische Situation zu instabil – gibt es nichts mehr, oder nur noch zu horrenden Zinsen, es droht der Bankrott.

Pokerface: Hedgefonds

Als besonders gemeingefährlich gelten seit der Griechenland-Krise die Hedgefonds, die in der Tat an den Problemen einiger Euroländer nicht völlig unbeteiligt sind. Hierbei handelt es sich um eine spezielle Form von Investmentprodukten, die sich durch besonders hochspekulative Anlageformen auszeichnen und damit die Chance auf große Gewinne bieten, aber auch ein hohes Risiko bergen. Der Hedgefonds ist so etwas wie das Pokerface des Kapitalismus – zumindest eines davon. Zum Einsatz im Spiel um die Milliarden kommen vielfach sogenannte Derivate, das sind im weitesten

Sinne Termingeschäfte, die sich auf alle denkbaren Handelsobjekte beziehen können, seien es Waren, Währungen oder Aktien. Im Derivathandel wird dem Käufer entweder eine auf die Zukunft bezogene Kaufoption zu einem festgelegten Preis, oder dem Verkäufer eine auf die Zukunft bezogene Verkaufsoption unter ebenfalls festgelegten Konditionen angeboten. Typisch dabei sind die Devisentermingeschäfte. Ursprünglich dienten solche Aktionen dazu, sich vor geschäftlichen Risiken abzusichern. Ein Unternehmen kauft ein Produkt, das beispielsweise in einem halben Jahr geliefert und in der Währung des Produktionsstandortes, etwa in Dollar, bezahlt werden muss. Nun besteht das Risiko, dass der Dollar in dieser Zeit steigt und das Produkt teurer wird. Dagegen kann sich das Unternehmen schützen, indem es eine Dollaroption für ein halbes Jahr zum derzeitigen Wechselkurs kauft. Heutzutage geht es bei solchen Geschäften aber kaum noch um Waren- sondern hauptsächlich um den Wertpapierhandel als solchen: Schon Ende der Neunzigerjahre dienten nur noch fünf Prozent des Handels in diesem Bereich der Absicherung realwirtschaftlicher Transaktionen.

Für den Handel mit Währungen bedeutet das vereinfacht: Gekauft wird zu einem bestimmten Wechselkurs mit Aussicht auf einen Kursanstieg innerhalb eines festgelegten Zeitpunkts. Damit lässt sich viel Geld verdienen, fällt der Kurs, hat man allerdings mit Zitronen gehandelt. Durch geschickte Spekulationsmanöver in diesem Bereich lassen sich indes ganze Währungen ins Wanken bringen. Währungsspekulationen im großen Stil folgen in der Regel einem recht einfachen Muster: Durch den Kauf großer Summen einer Währung treibt man diese künstlich in die Höhe. Kurz vor „mehr geht nicht“ setzen sich die Anleger aus der Währung ab und streichen den Gewinn ein, während die Währung durch diesen Deal ins Bodenlose abstürzen kann. In der wirklichen Welt der Finanz-Zockerei sieht das in der Regel so aus: Man leiht sich Geld in einer schwachen Währung und kauft damit stabiles Geld. Spekuliert wird dabei auf die Abwertung der kränkelnden Devisen. Tritt die Abwertung dann nicht zuletzt durch die Verunsicherung der Märkte aufgrund der spekulativen Operationen wirklich ein, muss weniger der harten Valuta eingesetzt werden, um den Kredit zu begleichen. Den Gewinn nach Abzug seiner Kosten kann sich der Spekulant, wie etwa ein Hedgefond, ins eigene Säckel stecken. Solche Transaktionen waren 1997 beispielsweise an der sogenannten Asienkrise beteiligt.

Aber ist etwas Derartiges im Fall des klammen Euros wirklich passiert. In der Tat wurde an den Börsen und in den Wirtschaftsnachrichten über einen Großangriff auf den Euro gemunkelt. So sollen etwas das Soros Fund Management LLC und andere Großanleger hinter verschlossenen Türen für eine konzertierte Spekulation auf die Währungsparität zwischen Dollar und Euro geworben haben. Sieht man sich die heutigen Wechselkurse an, ist daraus jedoch wohl nicht viel geworden. 2010 gab es kurzfristig einen Kursverfall auf etwa 1,2 Dollar, dem allerdings schon bald wieder ein Anstieg folgte. „Der Euro ist stark wie lange nicht mehr“, titelte beispielsweise Spiegel-Online am 2. Februar dieses Jahres. Kaum ein hochkarätiger Anleger hat derzeit

wirklich ein Interesse, direkt gegen den Euro zu spekulieren. Dazu steht zu viel auf dem Spiel, haben zu viele Anleger auf eben diese Währung gesetzt. Vor einem Verfall des Euro fürchtet man sich auch außerhalb des Eurolandes. Nicht umsonst stützt China den Euro durch den Kauf von Staatsanleihen der schwächelnden EU-Länder. Es wirft ein bezeichnendes Licht auf den Zustand der kapitalistischen Marktwirtschaft, das etliche Länder ihres Zentrums derartige Reanimationsmaßnahmen bereits nötig haben.

Cash from Crisis

Jede Krise hat ihre Profiteure. Im Fall des Euros wird nicht auf Kursanstieg oder Kursverfall spekuliert, sondern auf das sich abzeichnende wirtschaftliche Desaster der betroffenen Länder. So war es im Jahr 2012 auch im Fall Griechenlands. Banken können sich bei vermeintlich wackligen Kreditgeschäften absichern, indem sie Kreditausfallversicherungen abschließen. Die springen ein, wenn der Gläubiger nicht mehr zahlen kann oder will. Diese Versicherungen, sogenannte Credit Defaults Swaps (CDS) wiederum bieten auch für Fonds beliebte Investitionsmöglichkeiten. Je nach Nachfrage steigt oder fällt der Wert dieser Swaps. Nach Angaben der US-Datensammelstelle Depository Trust & Clearing Corporation (DTCC) beläuft sich der Handel damit auf rund 22 Billionen (!) Dollar weltweit. Sofern eine hohe Nachfrage nach CDS herrscht, beispielsweise auf Griechenland- oder Portugal-Kredite, wirft dies kein gutes Licht auf die Zahlungsfähigkeit des betreffenden Landes. Das wiederum beeinflusst auch die Bewertungscodes der Rating-Agenturen. Sprich: Auch die Kredite werden teurer, der Staatsbankrott rückt näher. Aber – und das verschweigen die neuen Spekulations-Kritiker in der Regel – auf das ökonomische Desaster eines bestimmten Landes kann nur spekuliert werden, wenn die Situation schon desaströs ist. Das Volumen der CDS auf griechische Staatsanleihen hat in der schlimmsten Phase der Griechenland-Krise indes kaum zugenommen, eine Umsatzsteigerung ließ sich lediglich beim Handel mit den vorhandenen Papieren beobachten. Beliefen sich die griechischen Gesamtschulden auf etwa 270 Milliarden Euro, waren lediglich acht Milliarden Dollar durch CDS abgesichert. Insider der Szene verkünden daher hinter vorgehaltener Hand, dass die Preise für Griechenland-CDS sowie die Steigerung der Zinsen für Staatsanleihen eher durch reale Entwicklungen denn durch Spekulation hochgetrieben wurden.

Passt auf jeden Bierdeckel

Der Fisch stinkt vom Kopfe her. Es sind nicht die Spekulanten, es ist nicht die schlechte südländische Arbeitsmoral und es ist auch nicht die vermeintliche Prasserei der Griechen, Portugiesen oder neuerdings auch der Iren, wodurch die Finanzen der betroffenen Volkswirtschaften vor die Wand gefahren wurden. Es sind unter anderem die wirtschaftlichen Konsequenzen der neoliberalen Fiskalpolitik, an denen der Staatshaushalt seiner Musterschüler krankt. Steuern runter – mancherorts fast auf Null-komma-nichts, erfreut zwar die Privatwirtschaft, macht Griechenland, Portugal

oder Irland aber eben nicht munter, sondern führt die jeweiligen Länder in den Bankrott. Und diese Weisheit passt garantiert auf jeden Bierdeckel.

„In Europa haben Länder wie Griechenland jahrelang eine unvernünftige Fiskalpolitik betrieben“, formuliert etwa Mohammed El-Erian, Chef des Investment-Multis Pimco. (Spiegelonline vom 7.2.2011). Nebenbei bemerkt: Dieser Satz aus dem Munde eines Investment-Managers mutet ähnlich an, als würde der Arzt seinen Patienten vorwerfen, die Medikamente zu schlucken, die er ihnen selbst verordnet hat.

Löst also vor diesem Hintergrund eine hohe Kapital- und Vermögensbesteuerung und eine Besteuerung von Finanztransfers und Kapitalhandel das Problem? Denn so in etwa sehen die Vorschläge von attack, Linkspartei und vergleichbaren Gruppierungen aus. Immerhin wären sie wohl ein Schritt in die richtige Richtung, soll das System des marktwirtschaftlichen Kapitalismus – wie wir es kennen – noch einen nennenswerten Zeitraum weiter bestehen. Aber an der inneren Krisen-Dynamik ändert auf lange Sicht auch eine vernünftige Fiskalpolitik nichts.

Tendenz? Fallend!

Die gesamte Logik des marktwirtschaftlichen Kapitalismus fußt darauf, jedes menschliche Bedürfnis, jede menschliche Lebensäußerung und jeden Lebensbereich in abstrakten Wert, also in Kapital zu verwandeln und dabei gleichzeitig die menschliche Arbeitskraft in immer größeren Ausmaßen durch Automaten zu ersetzen oder in prekäre Bereiche zu verdrängen. Darin ist die kapitalistische Marktwirtschaft seit dem Siegeszug der Informationstechnologie, von manchen auch Dritte Industrielle Revolution genannt, ganz groß geworden. Das heißt, Arbeit wird im Verhältnis zu anderen Produktionsfaktoren billiger. Es gab da mal einen Sozialökonom im neunzehnten Jahrhundert, der behauptete, durch diese Verschiebung sinke quasi gesetzmäßig – mit der Gesetzmäßigkeit hatte man es seinerzeit noch ganz groß – die Rendite im Verhältnis zum eingesetzten Gesamtkapital. Karl Marx hieß der Mann: „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate“ hat er das von ihm entdeckte Phänomen genannt. In den heutigen Wirtschafts- und Sozialwissenschaften kräht nach Karl Marx kaum noch ein Hahn. Empirisch ist jedoch ein Abfall der Rendite im Verhältnis zum eingesetzten Kapital feststellbar, der nach der anfänglichen Prosperitätsphase im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg eingesetzt hat. Es ist allerdings kein linear verlaufender Abwärtstrend, er ist vielmehr Schwankungen unterworfen, insbesondere in den achtziger und neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts zog die Rentabilität zeitweise wieder an. Verschiedene Ökonomen machen dafür die Senkung der Reallöhne und andere Deregulierungsmaßnahmen verantwortlich. Diese Befunde zeigen immerhin, dass all die neoliberalen Gemeinheiten, wie das Outsourcing menschlicher Arbeitskraft in Billiglohnfirmen oder in prekäre Selbstständigkeit, Reallohnkürzungen, Druck auf die nationale Fiskalpolitik, Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen und vieles mehr, nicht nur auf die Profit-Gier kapitalistischer Dunkelmänner zurückgeht. Zugegeben: Die Sucht nach Boni und andere Formen der

persönlichen Bereicherung der Manager in den Banken und Konzernzentralen – selbst wenn sie Milliarden gegen die Wand gefahren haben – ist mehr als unappetitlich.

Geld-Schwamm auswringen

„Die Gier der Manager“ ist daher eine gern gebrauchte Floskel, wenn es um Erklärungsversuche der Banken-, Euro- und sonstigen Krisen geht. Selbst der Kapitalismuskritik unverdächtige Zeitungen wie Springers Welt bedienen sich mittlerweile dieser Kategorien. Aber Finanz-Zockerei, persönliche Bereicherung der Unternehmenseliten und dergleichen, das alles ist nicht Ursache sondern selbst nur Symptom der Krise. Die beschriebenen Phänomene sind – auch wenn es gerade Linke nicht so gern hören – unter anderem den schwieriger werdenden Bedingungen geschuldet, das vorhandene Kapital gewinnbringend einzusetzen. Davon sprechen die Verdrängungswettbewerbe und Übernahmeschlachten an den Börsen Bände. Um nicht falsch verstanden zu werden: In absoluten Größenordnungen wird soviel produziert und verdient wie noch nie. Noch nie pulste soviel Geld als Kapital durch die internationalen Waren und Finanzmärkte wie heute. Aber gerade dies ist Teil des Problems. Denn wenn das Kapital keine Anlagemöglichkeiten mehr findet, gerät es in die Krise und zieht die Gesellschaft mit hinein. Die Finanzmärkte sind nicht zuletzt die Schwämme für jenes Kapital, das in der Realwirtschaft nur noch mühsam realisiert werden kann, sprich, sich nur mühsam in Rendite verwandeln lässt. 2008 hat da mal jemand den Schwamm kräftig ausgewrungen.

Allen Rufen nach mehr Moral und Verantwortlichkeit der Manager zum Trotz, hat es dem Casino nicht geschadet, im Gegenteil. Die Show kann weiter gehen. Alle, die jetzt über den zügellos gewordenen Kapitalismus jammern, könnten bei Marx nachlesen, dass es eine der wesentlichsten Eigenschaften des Kapitals ist, alles, was unter seinen Einfluss gerät, in etwas Abstraktes, von den ursprünglichen physischen Eigenschaften Losgelöstes, nämlich in Wert zu verwandeln, und davon immer mehr zu brauchen. Geht dem Kapital der Wert aus, geht es mit ihm zu Ende. Die Zügellosigkeit ist die ökonomische Dampfmaschine, die das Ganze am Laufen hält.

Ford(ismus): Feel the Difference

Die glücklichste Phase in der Geschichte des marktwirtschaftlichen Kapitalismus war sehr wahrscheinlich jene, als zur Produktion noch vieler Hände Arbeit gebraucht wurde und Henry Ford auf die Idee kam, das es auch für seinen Konzern besser sei, aus den Arbeitenden die Konsumenten ihrer eigenen Produkte zu machen und dafür durch Lohnerhöhungen Kaufkraft zu schaffen. Dieses Rezept, das sich insbesondere nach dem 2. Weltkrieg im Westen recht gut bewährte, benutzte der britische Ökonom John Maynard Keynes schon im Jahr 1936 als Zutat für seine „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“. In Krisenzeiten solle der Staat mit öffentlichen Mitteln der Investor sein, forderte er, um auf diese Weise die Auftragslage der Unternehmen zu stimulieren, Arbeit zu schaffen, damit den Konsum anzuregen

und – wie man so schön sagt – auf diese Weise die Pferde der Wirtschaft wieder zum Saufen zu bringen. Obwohl von den Neoliberalen verdammt, müssen Keynes Verschuldungs-Kuren auch heute noch herhalten, wenn es wirklich eng wird: Oder war die Subventionierung der Automobilindustrie 2008 durch die Regierung unter Angela Merkel etwas anderes als nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik? Natürlich wurde mit Recht kritisiert, der Staat setze zu sehr auf eine einzige Branche und habe sich von der Auto-Lobby unter Druck setzen lassen, aber aus ökonomischer Sicht hat der Trick ganz gut funktioniert. Das war so etwas wie Neo-Keynesianismus zur Subventionierung von Großkonzernen. Es hat indes der Wirtschaft erst einmal wieder aus der Patsche geholfen. Vergleichbares gab es in Deutschland schon einmal vor etwa 75 Jahren.

Weniger ist mehr

Anders jedoch als in John Maynard Keynes Theorie gelingt es dem Staat aber heute nicht, in Zeiten wiederbelebter Konjunktur das Staatsdefizit auszugleichen. Ein Grund dafür: Natürlich kann das nicht funktionieren, solange nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik nur eine Eintagsfliege in der neoliberalen Wirtschaftswelt bleibt.

Der springende Punkt ist aber, dass sich seit Keynes die ökonomischen Parameter rasant verändert und sich die Produktivität insbesondere durch den Einsatz der Informationstechnologie enorm gesteigert haben. Eine Konjunkturbelebung führt eben nicht zu nennenswerter Steigerung der Beschäftigung und zu signifikant größeren Staatseinnahmen. Das behauptet zwar die Riege aus Politik und Wirtschaft seit Jahren, dennoch funktioniert dieses Modell nicht mehr. Die wirtschaftliche Gesamtsituation ist durch tendenziell abnehmende Wachstumsraten – China, Indien und einige andere Länder bilden hier derzeit eine Ausnahme – bei steigender Produktion und abnehmender Produzentenzahl geprägt. Es wird mit in Relation zum insgesamt eingesetzten Wirtschaftsvolumen mit weniger Menschen mehr produziert. Für weniger Qualifizierte gibt es in der Regel nur noch Billigjobs knapp über dem Niveau von Sozialleistungen, mancherorts sogar darunter. Die notwendige gesellschaftliche Arbeitszeit, die jenseits der „McJobs“ – das heißt jenseits der nur knapp oder gar nicht mehr Existenz sichernden Arbeitsverhältnisse – benötigt wird, geht in signifikantem Ausmaß zurück. Unter den Bedingungen des marktwirtschaftlichen Kapitalismus bedeutet dies eine wachsende Teilung in Gewinner und Verlierer. Strukturell weniger Wachstum und weniger Beschäftigung, das bedeutet strukturell weniger Staatseinnahmen. Staat und Wirtschaft versuchen, nach den alten Spielregeln zu spielen, während diese sich schon längst grundlegend verändert haben. Das kann nur ein heilloses Chaos geben.

Chop Suey schlägt Cheeseburger

Es mag ja angesichts der dynamischen Entwicklung in China, Indien und einigen anderen Ländern etwas seltsam klingen, aber Produktivitätszuwachs und

Automatisierung der Produktion machen es zunehmend schwerer, Kapital gewinnbringend zu investieren.

Seit den Neunzigerjahren ist das Phänomen Globalisierung zum medialen Dauerbrenner geworden und in der Tat haben sich die internationalen Wirtschaftsbeziehungen enorm verdichtet. Eine entscheidende Rolle spielen dabei die internationalen Direktinvestitionen. Dennoch handelt es sich dabei zum Großteil keineswegs um die Schaffung von neuen Produktionsanlagen oder Dienstleistungen auf der grünen Wiese. Im Mittelpunkt stehen vielmehr Firmenübernahmen und Zusammenschlüsse, nicht selten zwecks Vernichtung von Produktionskapazitäten: Erst wird ein Konzern übernommen und durch großen Druck seitens der Beschäftigten und ihrer Vertreter – oft mit medienwirksamer Unterstützung aus der Politik – eine Kündigungssperre von ein bis zwei Jahren beschlossen. Sind die um, geht es meist richtig zur Sache. Von dem Unternehmen und seinen Arbeitsplätzen bleibt dann in der Regel nicht viel übrig.

Auch der Aufstieg Chinas zur ökonomischen Weltmacht gelingt nur, weil das asiatische Land in einem harten Verdrängungswettbewerb dank niedrigster Löhne und fehlender Sozialstandards zu Lasten anderer auf dem Weltmarkt reüssieren kann. Dazu das Handelsblatt: „Steven Pearlstein, der regelmäßig für die ‚Washington Post‘ schreibt, beklagte gestern, China sei es bereits gelungen, weite Teile der US-Industrie auszulöschen. Das Reich der Mitte verfüge über eine Kriegskasse von drei Billionen Dollar und habe die US-Wirtschaft auf einen Pfad geführt, der von schwachem Wachstum, hoher Arbeitslosigkeit und unhaltbaren Handelsdefiziten gekennzeichnet sei. ‚Wie viel tiefer muss diese Misere noch werden, bevor wir sagen: Es reicht!‘ endet Pearlstein seine Einlassungen, mit denen er vielen Amerikanern aus der Seele sprechen dürfte.“ (<http://www.handelsblatt.com/politik/international/harter-konkurrent-kein-partner/3767528.html>).

Regulierung – Chinas Erfolgsrezept

Was somit gemeinhin als Globalisierung bezeichnet wird, ist nicht zuletzt ein internationaler Kampf um Absatzmärkte und Investitionsmöglichkeiten, letztlich ein gegenseitiger Verdrängungswettbewerb, bei dem Westeuropa, die USA und Japan bis vor kurzem die Nase vorn hatten, jetzt aber durch neue Marktteilnehmer ernsthaft in die Bredouille geraten. Standorte und Unternehmen, die hinter den technologisch fortgeschrittensten Produktivitäts- und Produktionsstandards zurückbleiben, unterliegen dem Konkurrenzdruck des Weltmarktes. Sie werden stillgelegt, aufgekauft und ausgeschlachtet. Dabei wird gleichzeitig massenhaft Kapital vernichtet. China und Indien haben versucht, Hochtechnologie mit Billiglöhnen und niedrigsten Sozialstandards zusammen zu bringen. Damit waren sie in den letzten Jahren recht erfolgreich. Aber insbesondere China konnte dies nur, weil es sich nach innen gerade nicht den neoliberalen Lehrsätzen anvertraute, sondern im Gegenteil etwa im Banken- und Finanzwesen stark regulierend eingriff sowie nicht-weltmarktcompatible

Wirtschaftszweige und Marktsegmente zu schützen verstand. Um die eigenen Exporte zu sichern, hält China seine Währung auf einem niedrigen Kurs und zieht damit immer wieder den Zorn Deutschlands, der USA und anderer Staaten auf sich. Aber langfristig wird es auch China, Indien oder Brasilien nicht gelingen, ausreichend Massenkaukraft zu schaffen, um eine allgemeine nachholende Entwicklung auch hinsichtlich des sozialen Ausgleichs zu schaffen, das heißt, um die Mehrheit der Bevölkerung am Boom teilhaben zu lassen. Denn natürlich erliegen diese aufstrebenden Volkswirtschaften wie alle anderen Industrie- und Technologiestandorte dem Zwang zur Produktivitätssteigerung durch Informationstechnologie, dem Zwang zur Technisierung und Rationalisierung, wollen sie ihre Position auf dem Weltmarkt halten beziehungsweise ausbauen. Man wird zwar zunehmend mehr produzieren können, aber dabei niemals ausreichend Arbeitsplätze zu schaffen in der Lage sein, um auf diese Weise einen allgemeinen Markt herzustellen.

„Erleben Sie Brasilien“

Es soll nicht unterschlagen werden, dass etwa in China der Anteil derjenigen, die weniger als zwei Euro pro Tag zum Überleben haben, in den zurückliegenden Jahren von über 90 Prozent auf „nur noch“ knapp 40 Prozent zurückgegangen ist. Zugenommen hat allerdings auch die Einkommensungleichheit. Ergo: Einige Superreiche stehen vielen ganz Armen gegenüber. Und auf einer Website mit Reiseinformationen über das große Schwellenland im Südosten Lateinamerikas kann man lesen: „Brasilien gilt als typisches Schwellenland mit einem hohen Grad an Industrialisierung und einem breiten Angebot an Gütern. Doch maximal ein Drittel der Gesamtbevölkerung nimmt am Wirtschaftskreislauf teil, die Mehrheit ist in der Schattenwirtschaft tätig oder lebt am Rande des Existenzminimums in bitterer Armut. Man findet sie auf keine Landkarte eingezeichnet, doch gibt es zwei Brasilien, die auf dem gleichen Territorium, Seite an Seite existieren: das eine ein Land von riesigem Potential, unbegrenzten Möglichkeiten und unvorstellbarem Reichtum; das andere hingegen ein Land des Mangels, des menschlichen Elends und der Verzweiflung.“ (<http://www.brasilien.de/volk/bevoelkerung/armut.asp>). „Erleben Sie Brasilien“, so titelt die Site.

Die Zukunft dieses Lands wie auch anderer sogenannter Schwellenländer ist nicht das Westeuropa oder die USA der Sechziger-, Siebziger- und Achtzigerjahre des 20. Jahrhunderts. Vielmehr ist das Brasilien von heute tendenziell unsere Zukunft im Westen. Westeuropa befindet sich derzeit noch auf einem höheren sozialen Level, aber auch hier nimmt die Einkommensungleichheit strukturell zu.

Reiches Land – armer Staat

Die kapitalistischen Marktwirtschaften sind mithin dabei, sich an ihrem eigenen Reichtum zu verschlucken. Aber auch jene, die eigentlich immer schon ein anderes System herbeisehnten, sollten das nicht unbedingt für eine gute Nachricht halten.

Denn wie es aussieht, steht als Alternative nicht das kommunistische Paradies ins Haus, sondern tendenziell eher eine Anarchie, in der das Recht des Stärkeren herrscht. So weit sind wir noch nicht ganz. Aber der Staat ist trotz steigender Produktivität der Wirtschaft und trotz wachsenden gesellschaftlichen Reichtums schon jetzt immer weniger in der Lage, seine Funktion des sozialen Ausgleichs in der – in marxischer Terminologie – Klassengesellschaft zu erfüllen. Reiches Land, armer Staat, die sozialen Gegensätze verschärfen sich.

Man sollte sich indes vor allzu detaillierten Prophezeiungen über die Zukunft des Kapitalismus hüten, denn zu oft schon ist es letztlich anders gekommen als man dachte – und zu oft schon haben sich linke Schlaumänner damit lächerlich gemacht. Im Jahr 1991 prognostizierte der postmarxistische Wertkritiker Robert Kurz in seinem Buch „Kollaps der Modernisierung“ bereits das Ende der warenproduzierenden Moderne. „Es ist also zu erwarten“, schrieb Kurz, „dass die bürgerliche Welt des totalen Geldes und der modernen Ware, deren Logik die sogenannte Neuzeit mit immer aufsteigender Dynamik konstituiert hat, noch vor dem Ende des 20. Jahrhunderts in ein dunkles Zeitalter von Chaos und Zerfall gesellschaftlicher Strukturen eintritt, wie es noch niemals in der Weltgeschichte dagewesen ist (Kurz 1994: 282)“. Die Dissoziationsphänomene, die Kurz beschreibt, deuten sich in der Tat auch in den westlichen Marktwirtschaften an und auch seine Analyse der Ursachen ist durchaus lesenswert. Aber seither hat es beispielsweise den rasanten Aufstieg Chinas zur Exportnation gegeben und mithin den Beweis, dass das warenproduzierende System noch keinesfalls an seinem Ende war, sondern im Gegenteil erst einmal einen neuen Anlauf genommen hat. Hierin allerdings ist Kurz recht zu geben: Setzt sich die derzeitige Entwicklung fort, wird sich die Krise des bürgerlichen Staates zuspitzen, wird es weitreichende soziale Verwerfungen geben und – möglicherweise – irgendwann in den kommenden Jahrzehnten auch einen Zerfall der bürgerlichen Demokratien fordistischen Zuschnitts.

Wenn der Berg nicht zum Propheten kommt

Hinauszögern ließe sich das wohlmöglich durch Aufgabe der neoliberalen Dogmen. Da sich der Staat durch die Besteuerung von Arbeit in Zukunft nicht mehr wird refinanzieren können, müssten andere fiskalpolitische Mittel greifen: Hohe Besteuerung der Profite, Besteuerung von technischen Innovationen und Formen der Produktivitätssteigerung, das heißt, Besteuerung von logistischen, organisatorischen und technischen Rationalisierungen, Besteuerung von Kapital- und Aktienhandel, hohe Besteuerung von Anlagefonds. Der Staat muss wieder wesentliche Teile der sozialen und gesellschaftlichen Infrastruktur übernehmen und Privatisierungen in diesem Bereich rückgängig machen. Vonnöten wäre eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung und die Schaffung von gemeinnützigen und angemessen bezahlten Tätigkeiten in sozialen, ökologischen und anderen gesellschaftlichen Bereichen, die nicht der Logik der Kapitalmaximierung unterliegen. Dies alles würde die immanenten

Konstruktionsfehler des warenproduzierenden Systems zwar nicht beseitigen, ihre Auswirkungen jedoch abschwächen und den „Kollaps“ deutlich verzögern. Ob diese Optionen angesichts der politischen und ideologischen Verhältnisse jemals systemimmanente Chancen auf Realisierung haben werden, ist allerdings äußerst ungewiss. Aber vielleicht sollten wir einstweilen mit Gesine Lötsch auf die Suche nach dem Kommunismus gehen (<http://www.jungewelt.de/2011/01-03/001.php>).

Literatur

Kurz, Robert (1994) Der Kollaps der Modernisierung. Reclam Leipzig